

12.01.07

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 8. Januar 2007 zu der o. g. Entschließung des Bundesrates (siehe Drucksache 718/06 (Beschluss)) wie folgt Stellung genommen:

Der Bundesrat hat sich mit der genannten Entschließung für ein grundsätzliches Verbot des Imports von Hunde- und Katzenfellen in die Europäische Gemeinschaft ausgesprochen. Er bat die Bundesregierung, sich bei der Europäischen Kommission weiterhin für ein EU-weites Importverbot von Hunde- und Katzenfellen sowie eine Deklarationspflicht derartiger Waren einzusetzen.

Die Bundesregierung ist dem Wunsch des Bundesrates nachgekommen, die EU-Kommission hat mit dem Ratsdokument Nr. 15674/06 vom 22. November 2006 dem Rat ein entsprechendes Dokument vorgelegt. Die Diskussionen haben unter finnischer Ratspräsidentschaft begonnen und werden unter deutscher Ratspräsidentschaft fortgeführt. In dem Vorschlag ist eine Kennzeichnung für die Erzeugnisse vorgesehen, die gemäß vorgeschlagener Ausnahmeregelung zulässig sein sollen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion wird die Kontrollmöglichkeit von Fellen bzw. Pelzen sein. Insoweit werden die Länder gebeten, neuere Erkenntnisse über Nachweis und Bestimmungsmethoden mitzuteilen.